Corona und die Journalist*innen in NRW

UMFRAGE ZUR SITUATION FREIER JOURNALIST*INNEN IN DER CORONA-KRISE

02

ÜBER DIE BEFRAGUNG

Journalismus ist systemrelevant – und in der Krise gefragter denn je. Das zeigen alle einschlägigen Studien, die Zugriffszahlen auf Online-Angebote, Quoten.
Für die Journalist*innen nicht nur in NRW hat das in den vergangenen Monaten einen Einsatz und damit verbunden eine Arbeitsbelastung weit über das normale Maß bedeutet. Gleichzeitig sind durch die Einschränkungen ganze Arbeitsbereiche weggebrochen: Drehs werden abgesagt, Fotoaufträge storniert, Sport- und Kulturveranstaltungen finden nicht mehr statt.

Das trifft insbesondere die freiberuflich arbeitenden Journalist*innen hart. Nach Erkenntnissen des DJV arbeiten mittlerweile mehr als die Hälfte aller Journalist*innen freiberuflich. Angesichts der Krise und der eh schon oftmals prekären Einkommenssituation befürchtet der DJV-NRW, dass viele von ihnen ihren Beruf werden aufgeben müssen. Das hätte erhebliche Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit des Systems Journalismus für unsere demokratische Gesellschaft.

Der DJV-NRW hat daher mit dieser repräsentativen Umfrage versucht, tieferen Einblick in die wirtschaftliche Situation der Freiberufler*innen zu bekommen. Zudem wollten wir wissen, wie die bisherigen Hilfsprogramme angekommen sind, ob und welche Hilfen künftig benötigt werden.

NRW-weit haben 625 freiberufliche Mitglieder des DJV-NRW vom 11. August bis zum 26. August 2020 an der Umfrage teilgenommen. Unter den Befragten sind freie Journalist*innen aus den Ressorts Print, Hörfunk, Fernsehen, Bild, Crossmedia, Moderation und Presse&Öffentlichkeitsarbeit.

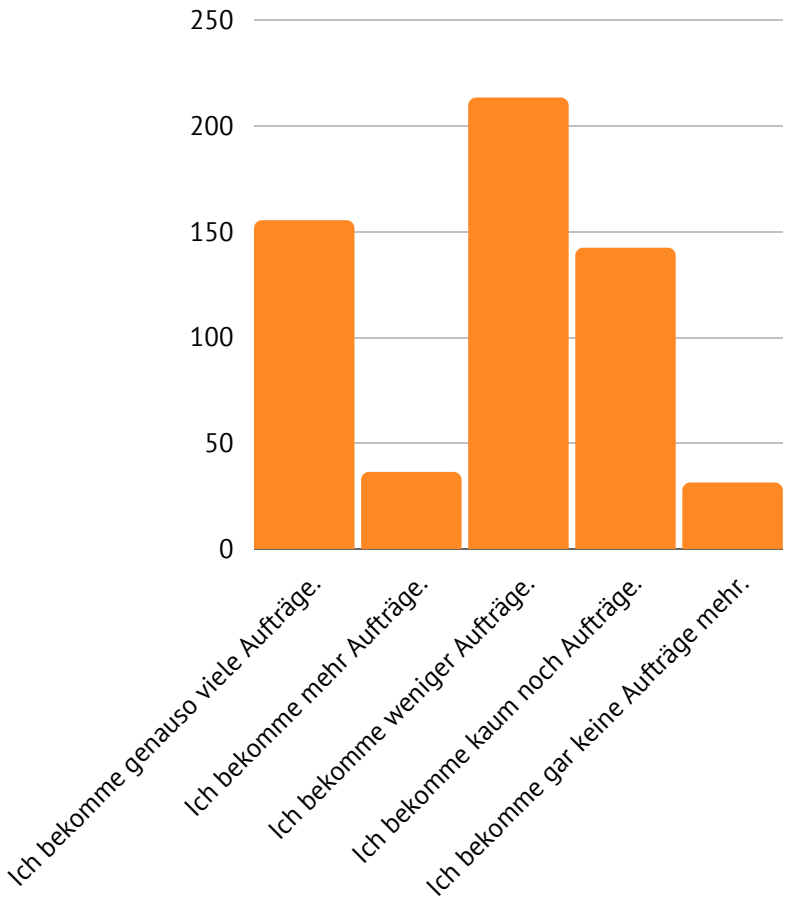
Impressum
VisdP: Frank Stach, Landesvorsitzender
Deutscher Journalisten-Verband, LV NRW - Gewerkschaft und Berufsverband der Journalistinnen und Journalisten,
Humboldtstraße 9, 40237 Düsseldorf Tel.: +49 (0)211 23399-0
Amtsgericht Düsseldorf; Vereinsregister-Nr. VR 4176

03

SCHLECHTE AUFTRAGSLAGE

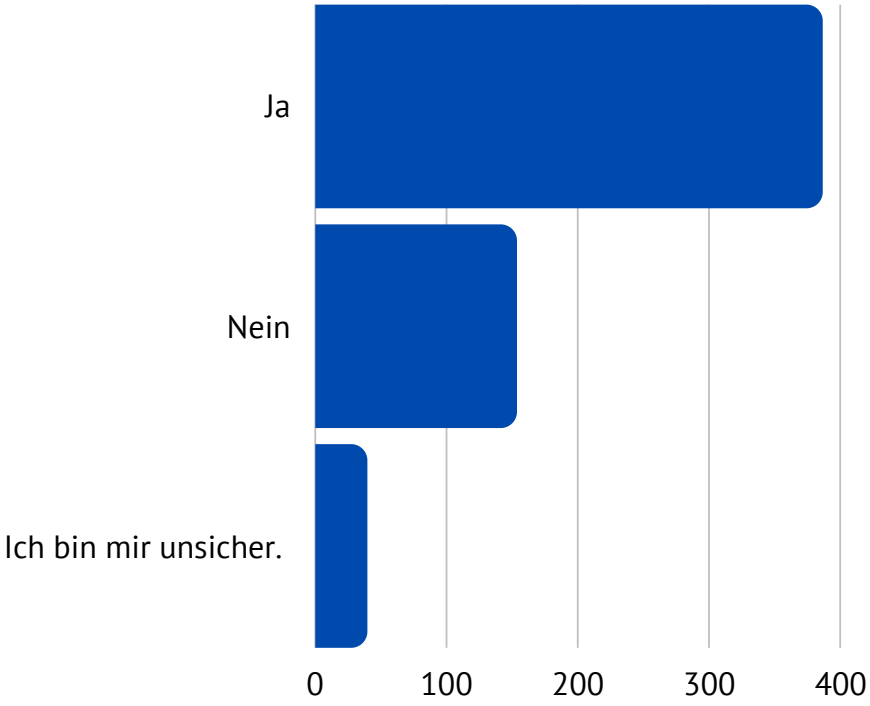
FÜR MEHR ALS 80 PROZENT DER BEFRAGTEN FREIEN HABEN SICH DIE ARBEITSBEDINGUNGEN SEIT BEGINN DER CORONA-PANDEMIE VERÄNDERT – FÜR VIELE ZUM SCHLECHTEN.

37 Prozent der Umfragen-Teilnehmer*innen bekommen weniger Aufträge als vor der Corona-Krise. Rund 25 Prozent von ihnen erhalten kaum noch Aufträge. Mehr als 5 Prozent sagen, dass sie seit Beginn der Krise gar keine Arbeit mehr gefunden haben.



04

KEINE ARBEIT, KEIN HONORAR



Verdienen Sie in der Corona-Pandemie weniger als zuvor?

HONORAREINBUSSEN BETRAGEN DURCHSCHNITTLICH 50 PROZENT

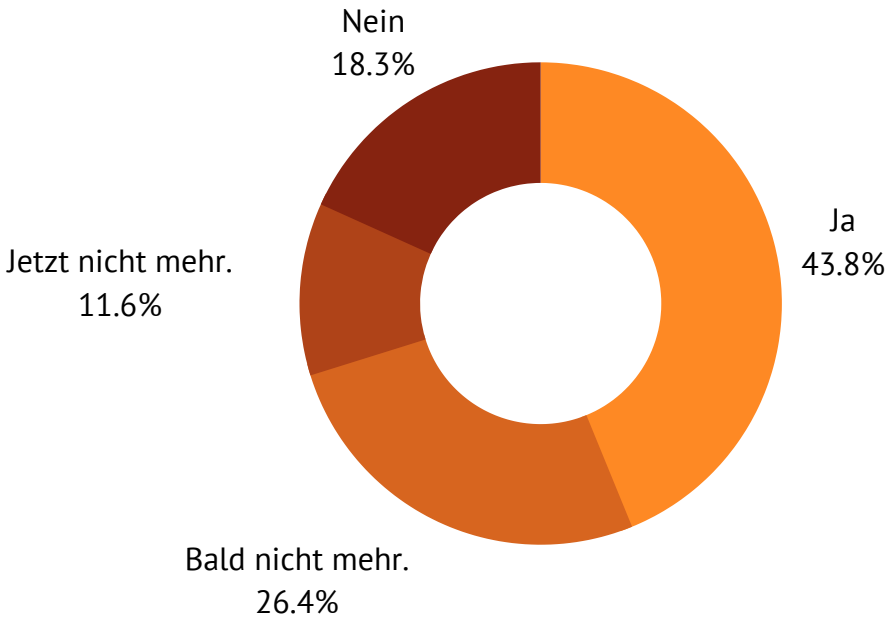
Eine schlechte Auftragslage hat Auswirkungen auf die finanzielle Situation der freien Journalist*innen. Rund 67 Prozent geben an, dass sie weniger verdienen als vor Beginn der Pandemie. Lediglich 26 Prozent der Freien haben genauso hohe Honorare wie zuvor. Sieben Prozent von ihnen können ihre finanzielle Situation noch nicht einschätzen.

05

KEINE RÜCKLAGEN (MEHR)

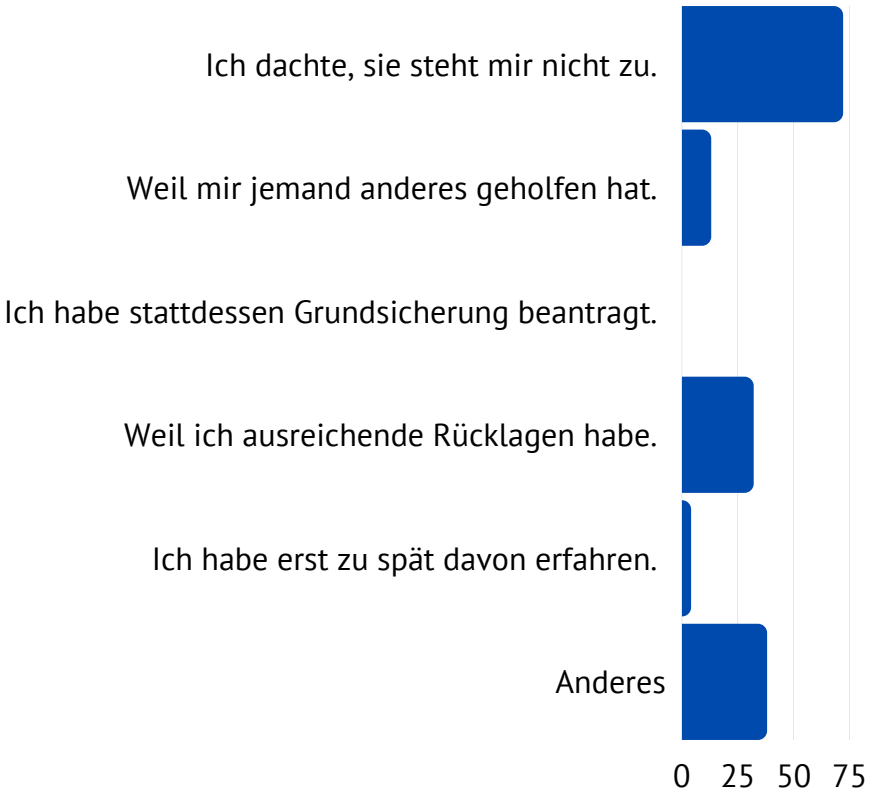
ÜBER 38 PROZENT DER FREIEN KÖNNEN IHRE HONORARDEFIZIT NICHT AUSGLEICHEN, WEIL IHRE RÜCKLAGEN SO GUT WIE ODER BEREITS GANZ AUFGEBRAUCHT SIND.

Haben Sie Rücklagen, auf die Sie in der Krise zurückgreifen?



06

SOFORTHILFE NICHT PASSGENAU



Warum haben Sie die Soforthilfe nicht beantragt?

VON 98 % DARF KAUM JEMAND DIE SOFORTHILFE KOMPLETT IN ANSPRUCH NEHMEN.

Mehr als 55 Prozent der Befragten haben ab April die 9000-Euro-Soforthilfe für Solo-Selbstständige beantragt. Fast 98 Prozent haben diese Unterstützungsleistung auch erhalten.
Laut Rückmeldungen dürfen die wenigsten aber mehr als 2000 Euro davon behalten.
Häufigster Grund: Die Soforthilfe darf nur für betriebliche Fixkosten genutzt werden. Die haben viele Freie, die von zu Hause arbeiten und ihr privates Auto als Dienstwagen nutzen, nicht.

07

UNSICHERHEIT ZUR SOFORTHILFE

„Wenn sie zurückgezahlt werden muss, dürfte ich aufgrund geringer Betriebskosten gerade einmal 800 Euro von 9000 Euro behalten, den Rest müsste ich rückerstatten. Das ist lächerlich (...).“

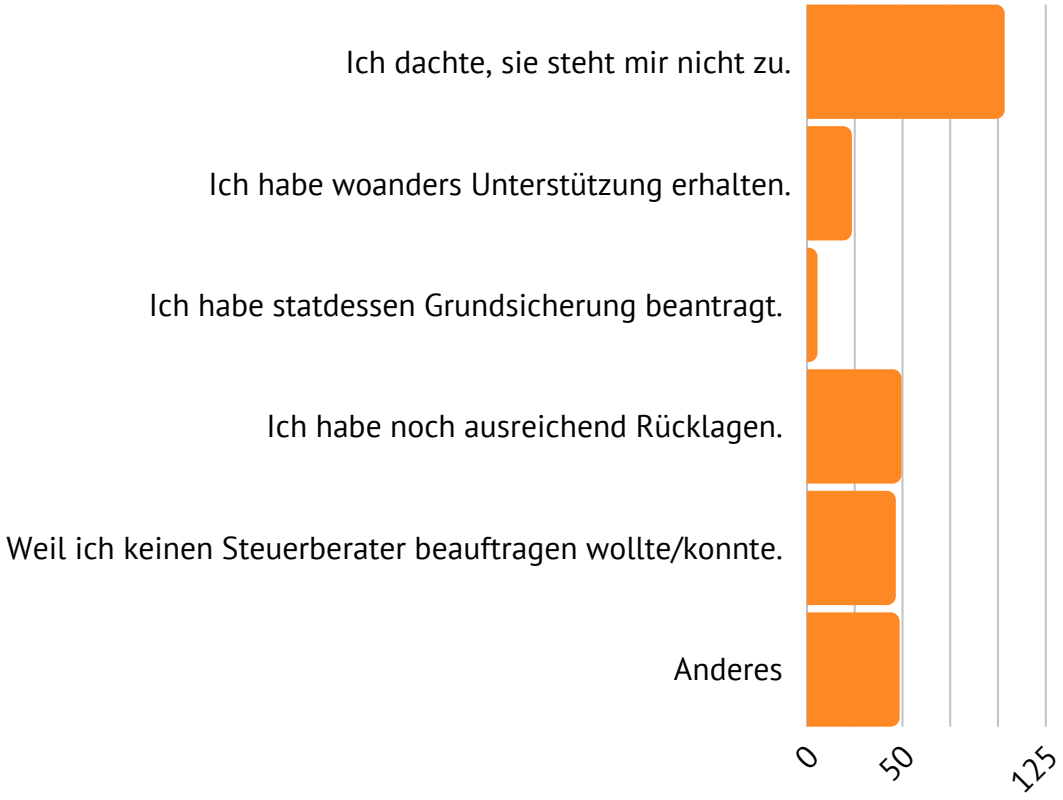
Zahlreiche Befragte schreiben in ihren zusätzlichen Anmerkungen, dass sie sich nicht sicher sind, ob und wie sie die Soforthilfe zurück zahlen müssen. Erst spät haben sie erfahren, dass mit der Hilfe bis auf 2000 Euro rückwirkend für April und Mai nur betriebliche Kosten gedeckt werden dürfen.

Wer gedacht hatte, dass ihm/ihr die Soforthilfe nicht zustand, oder im April und Mai noch auf Rücklagen zurückgreifen konnte, geht jetzt leer aus (45 Prozent). Für diejenigen, die über den Anteil von 2000 Euro verfügen durften, sei das meist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein gewesen. Über 25 Prozent der Befragten sagen, dass die Summe viel zu gering war, um laufenden Kosten damit zu decken.

NEUES HILFSPAKET KAUM ABGEFRAGT

LEDIGLICH 11 DER ÜBER 600 FREIEN HABEN DIE NEUE UNTERSTÜTZUNG DES BUNDES BISHER ERHALTEN, DREI DAVON HABEN SIE ALS HILFREICH EMPFUNDEN.

Rund 75 Prozent der teilnehmenden Journalist*innen haben die Überbrückungshilfe für Solo-Selbstständige gar nicht erst beantragt. Anfang des Sommers hat die Bundesregierung mit der sogenannten Überbrückungshilfe nachgelegt, die allerdings nur mit Hilfe von Steuerberater*innen beantragt werden kann. Die Landesregierung ergänzte das Hilfsprogramm mit jeweils 1000 Euro, die die Beantragenden für private Zwecke nutzen können.

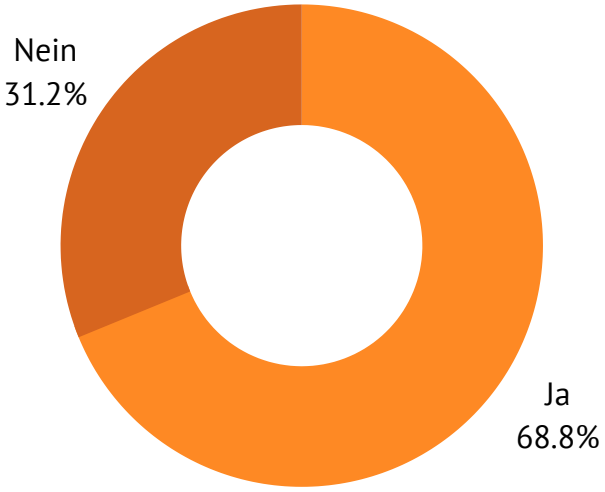


09

69 PROZENT FORDERN NEUES HILFSPAKET

Grundsicherung haben nur 17 von über 600 Umfragen-Teilnehmer*innen beantragt.

Und dass, obwohl es sich dabei um die offizielle Empfehlung der Landesregierung für freie Journalist*innen handelt.
Vielen Befragten fehlt es an einem für freiberufliche Journalist*innen zugeschnittenen Hilfsprogramm, mit dem auch Ausgaben für die private Lebensführung bestritten werden können.



Besteht bei Ihnen der Bedarf nach einem neuen, zusätzlichen Hilfsprogramm der Bundesregierung für freie Journalist*innen und andere Solo-Selbstständige?

FREIE HABEN EXISTENZSORGEN

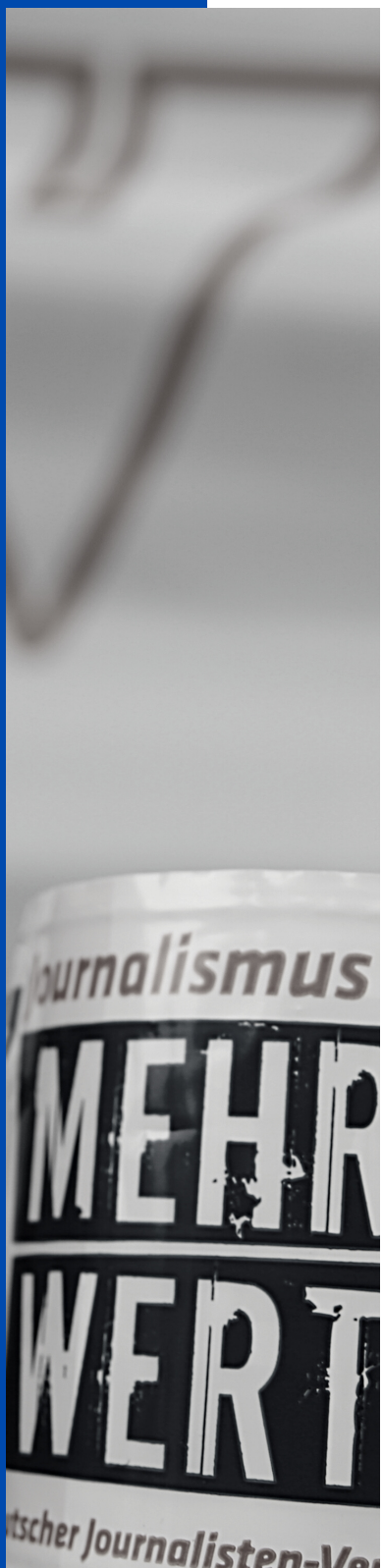
42%

DER BEFRAGTEN FREIEN JOURNALIST*INNEN GEBEN AN, SICH IN DER CORONA-PANDEMIE EXISTENZIELLE SORGEN ZU MACHEN.

„Ein Hilfsprogramm, das auch den Lebensunterhalt mit einschließt, wäre unbedingt erforderlich. Ansonsten werden viele wie ich langfristig nicht mehr vom Journalismus leben können“

*sagt ein Teilnehmer an der Umfrage im August 2020.

11



IN KÜRZE

- Fast alle freien Journalist*innen nehmen eine Veränderung ihrer Arbeitssituation wahr.
- Fast die Hälfte der befragten Journalist*innen hat Sorge, den Beruf aufgeben zu müssen.
- Fast zwei Drittel der Befragten bekommen weniger oder kaum noch Aufträge.
- Freie verdienen durchschnittlich 50 Prozent weniger als vor der Corona-Pandemie.
- Die Hälfte der Befragten hat keine Rücklagen (mehr), auf die sie in der Krise zurückgreifen können.
- Die Unterstützungsleistungen der Bundesregierung aus dem Frühjahr kamen nicht an. Die Soforthilfe wurde von vielen Freien beantragt. Die meisten haben sie erhalten, müssen sie aber in großen Teilen zurückzahlen. Den meisten Befragten ist zudem unklar, ob und wie sie die Soforthilfe zurückzahlen sollen.
- Die Überbrückungshilfe Plus (ab Juli 2020) hat die Mehrheit der Journalist*innen gar nicht beantragt. Dass die Landesregierung 1000 Euro davon für private Kosten freigibt, ist zwar ein kleiner Lichtblick, den hat aber kaum jemand wahrgenommen.
- Kaum jemand hat Grundsicherung beantragt, obwohl der Staat die freien Journalist*innen in Not dazu aufruft.
- Eine große Mehrheit der befragten Mitglieder fordert ein umfassenderes Hilfspaket für Freie.
- Viele Auftraggeber der freiberuflichen Journalist*innen werden jetzt erst nach und nach in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen, weswegen jetzt erst bzw. in den nächsten Monaten (noch mehr) Aufträge wegfallen und die Honorare deutlich zurückgehen werden. Das heißt, bei vielen werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten erst noch kommen.

RÜCKFRAGEN:
DJV-NRW LANDESGESCHÄFTSSTELLE
HUMBOLDTSTR. 9
40237 DÜSSELDORF
TELEFON: +49 211 233 99 -0
E-MAIL: ZENTRALE[AT]DJV-NRW.DE